

Hamburg, 3.10..2018

**Betrifft: Mahnwache vor SPD-Zentrale**  
**Kurt Schumacher-Allee 10, Freitag 5.10., 15.00 Uhr**

## **Energienetze-Volksentscheid umsetzen, nicht brechen!**

Bis zum 16.10. will der Senat entscheiden, ob er das Fernwärmenetz zurückkauft. Hamburg wartet weiterhin auf seine klare Zusage, sich an den - für Bürgerschaft und Senat verbindlichen – Volksentscheid von 2013 zu halten und das Fernwärmenetz von Vattenfall zurückzukaufen. Bürgermeister Tschenschner und Finanzsenator Dressel versuchen in den letzten Wochen alle Gründe an den Haaren herbeizuziehen, die einen Bruch des Volksentscheids vermeintlich legitimieren könnten.

Die auf Vattenfall-Daten beruhende Wertermittlung sollte die Behauptung stützen, wegen der Landeshaushaltsordnung dürfe die Stadt nicht zurückkaufen. Zwei Gutachten zu Kosten-Nutzen-Analysen, wie die LHO sie vorschreibt, ergaben für den Fall eines Rückkaufs große Vorteile für die Stadt und die Bürgerinnen und Bürger. Eine Wertermittlung, die den Rückkauf zugrunde legt, hätte einen deutlich höheren Wert erbracht.

Die Fernwärmepreise würden durch den von Olaf Scholz vereinbarten Mindestkaufpreis von 950 Mio.€ steigen, so hieß es. Kostensteigerungen drohen aber vor allem von der Fernwärme-Trasse unter der Elbe (Kosten von mindestens 150 Mio. €) und von den Anlagen, die von der Behörde für Umwelt und Energie südlich der Elbe geplant werden. Zu diesen gibt es Alternativen, die kostengünstiger, schneller zu realisieren und klimafreundlicher sind.

Eine Erhöhung der städtischen Beteiligung am Fernwärmenetz auf 51% wurde als „Kompromiss“ ins Spiel gebracht.. Das wäre nur zu den Bedingungen von Vattenfall möglich und zudem ein glatter Bruch des Volksentscheids.

Und zu schlechter Letzt zieht Vattenfall jetzt die Behauptung aus der Tasche, die EU-Kommission müsse erst prüfen, ob der Mindestpreis eine verbotene Beihilfe beinhalte. Vorher dürfe Vattenfall das Fernwärmenetz nicht verkaufen. Abgesehen davon, dass diese Frage zweifellos bereits 2014 bei Abschluss des Vertrages mit der Stadt geprüft wurde: Ein Akt der Verzweiflung oder ein mit dem Senat abgesprochener Schachzug?



**HAMBURGER  
ENERGIETISCH**

Bis Ende November muss der Senat entscheiden: Setzt er den Volksentscheid um – im Interesse der Stadt und ihrer Bürger\*innen und im Interesse des Klimaschutzes. Oder bricht der den Volksentscheid und verstößt damit auch gegen Verfassungsrecht?

*Gilbert Siegler vom Hamburger Energietisch:* „Führende SPD-Mitglieder haben die Umsetzung des Volksentscheides versprochen „ohne Tricks und Hintertürchen“ (A. Dressel). Brechen sie jetzt ihr Versprechen?

Die Grünen haben den Volksentscheid mit zum Erfolg geführt. Senator Kerstan hat den Rückkauf eingefordert, aber von anderen führenden Grünen in Hamburg hört man keine Unterstützung für ihren Senator. Wollen die Grünen den Fernwärme-Rückkauf der Koalitionsräson opfern?“

Der Hamburger Energietisch erwartet vom Senat die vollständige Umsetzung des Volksentscheids. Er weiß sich damit laut einer repräsentativen Umfrage in Übereinstimmung mit der großen Mehrheit der Hamburgerinnen und Hamburger.

#### **Text des Volksentscheids vom 22.9.2013:**

**„Senat und Bürgerschaft unternehmen fristgerecht alle notwendigen und zulässigen Schritte, um die Hamburger Strom-, Fernwärme- und Gasleitungsnetze 2015 wieder vollständig in die Öffentliche Hand zu übernehmen. Verbindliches Ziel ist eine sozial gerechte, klimaverträgliche und demokratisch kontrollierte Energieversorgung aus erneuerbaren Energien.“**

**Nachfragen an: Gilbert Siegler: 0176 510 19 592**

**Hamburger EnergieTisch**

Görlitzer Straße 30 • 22045 Hamburg  
info@hamburger-energietisch.de

[www.hamburger-energietisch.de](http://www.hamburger-energietisch.de)

PRESSEMITTEILUNG